

Hochschulbildung ist der Schlüssel für die Entwicklung Benins

Weitblick e.V. plant Hochschulbau in Benin

Von Leonie Jandeck

Seit der Gründung im Jahre 2008 setzt sich Weitblick in seinem Hauptförderungsland Benin für einen gerechteren Bildungszugang ein. Aus der Zusammenarbeit mit der vor Ort ansässigen Partnerorganisation Pro Dogbo sind bis heute vier Grundschulen, eine Bibliothek sowie eine Ausbildungswerkstatt für KFZ-Mechaniker entstanden. Darüber hinaus wird 50 Straßenkindern die schulische Ausbildung finanziert, fünf weiteren eine Berufsausbildung.

Die Studenteninitiative Weitblick e.V. plant zusammen mit dem Verein Pro Dogbo den Neubau der Fakultät INJEPS (Institut National de la Jeunesse, de l'Education Physique et du Sport) in der beninischen Hauptstadt Porto Novo. Als Teil der Universität Abomay-Calavi gehört das INJEPS zu einer der beiden größten staatlichen Universitäten Westafrikas, die neben den Arbeitsfeldern Kommunalentwicklung, Stadt- und Raumplanung oder Unternehmer-

schöpft, vor allem aufgrund der rasant steigenden Anzahl von Studenten in Benin. Während im Jahre 1999 noch rund 16.000 Studierende an der Universität Abomay-Calavi eingeschrieben waren, waren es 2011 bereits über 81.000. Hörsäle und Seminarräume platzen aus allen Nähten. Auf den circa 12 m² großen Zimmern leben, schlafen, lernen und kochen jeweils vier Studenten. Für uns undenkbar. Die Bibliothek ist schlecht ausgestattet; wissenschaftliches Arbeiten dadurch kaum möglich. Und obwohl die Sportfakultät des INJEPS die größte Westafrikas ist, gibt es nur wenige brauchbare Sportgeräte. Das Institut steht gezwungenermaßen vor einem Neubeginn.

Uni baut Uni

Noch blickt man nur auf eine etwa 20 Hektar große Grasfläche mit Palmen. Vorsichtig lugen auf dem hügeligen Boden ein kleines, einstöckiges Vorlesungsgebäude, ein Wasserturm, ein paar Kühe und ein Unterstand für die in Benin als favorisiertes Fortbewegungsmittel genutzten Motorräder hervor. »Dieses Gebiet soll sich in naher Zukunft mit Leben füllen. Sportplätze, Lehr- und Schlafsäle sollen schrittweise erbaut werden und sich am Ende zu einem vollständig neuen Universitätscampus zusammenfügen«, so der Direktor des INJEPS, Barnabé Akplo-



gan. »Es ist das neuste und bisher größte Projekt der Studenteninitiative Weitblick e.V.«, erklärt Andreas Pletziger, Initiator des Vereins.

Die Idee für das »Uni baut Uni-Projekt« entstand durch den Kontakt Pro Dogbos zu einigen Studenten des INJEPS. Schon nach dem ersten Besuch dort war unübersehbar, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Motivation über das Hochschulgelände hinaus

Auch wenn es dem beninischen Hochschulwesen noch an vielem fehlt, an der Motivation der Studenten mangelt es nicht. »L'Injeps, c'est ma vie« (L'Injeps - das ist mein Leben) sagt Lambert Sehoubo, ehemaliger Studentenvertreter des Instituts mit wahrer Überzeugung. Dies ist ein Satz, der am INJEPS von den Studierenden trotz der unzureichenden Arbeits- und Lernbedingungen alltäglich in beninisch gefärbtem Französisch zu hören ist. Fragt man die Studen-

ten nach ihrer primären Motivation für ein Hochschulstudium, so entgegnet viele von ihnen, dass sie das eigene Land voranbringen wollen. Groß ist die Begeisterung vor allem dafür, einen Anteil zu leisten, der über den persönlichen Erfolg und die Verwirklichung eigener Träume hinausgeht. Der Gedanke an das höhere, gemeinsame Ziel, etwas Nachhaltiges für das Land und die nachfolgende Generation zu schaffen ist hier allgegenwärtig.

Genau das ist seit jeher auch das primäre Ziel der Studenten von Weitblick. Zur Realisierung des ersten Bauabschnittes gilt es nun, neben der Investition aus Vereinsmitteln und einem Eigenanteil der Fakultät selbst, weitere Förderer für das Projekt zu gewinnen, deren Begeisterung der beninischen und deutschen Studenten zumindest nahekommt. Denn »Hochschulbildung ist der Schlüssel für die Entwicklung Benins«, so Hans Jörg Neumann, deutscher Botschafter in Benin. ■



tum auch in sozialer Arbeit oder Sportwissenschaften ausbildet.

Der jetzige Campus, der sich im Eigentum der städtischen Regierung befindet, soll in absehbarer Zeit anderweitig genutzt werden. Aus diesem Grund stellt die Regierung dem INJEPS ein neues Gelände zur Verfügung, bietet darüber hinaus allerdings keine weitere Unterstützung. Außerdem sind die räumlichen Kapazitäten des Campus längst ausge-

Skandal im Sperrbezirk?!

Wo sollen die Sexarbeiterinnen hin?

Von Josefine Paul

Skandal im Sperrbezirk?! Wo sollen die Sexarbeiterinnen hin?

Das (angeblich) älteste Gewerbe der Welt, Prostitution, ist in seiner Geschichte immer wieder Stein des Anstoßes für lebhaftes Moraldebatten gewesen. Seit der Einführung des Prostitutionsgesetzes in Deutschland ist es jedoch relativ ruhig um dieses heiße Thema geworden. Obwohl das Gesetz weiterhin umstritten ist (auf der einen Seite weil es nicht zwingend bessere Arbeitsbedingungen für die Sexarbeiterinnen sicherstellt, auf der anderen Seite weil seine GegnerInnen immer noch eine Gefahr für »Anstand« und »Moral« in der legalen Prosti-

stitution sehen), schaffte es erst »Dany« das Thema erneut in den Mittelpunkt einer öffentlichen Debatte zu bringen.

»Dany«, eine Straßenprostituierte, klagte erfolgreich gegen die von der Stadt Dortmund erlassene Sperrbezirksverordnung, die ihr das Ausüben Ihrer Arbeit auf dem gesamten Stadtbezirk untersagte. »Dany« und ihre Kolleginnen liteten unter der Regelung, welche sie in die Illegalität mit all ihren negativen Begleiterscheinungen drängte. Mit der Illegalität sinken nicht nur die Preise, sondern es verschlechtern sich auch die Arbeitsbedingungen für die Sexarbeiterinnen. Hilfsangebote wie

die sogenannten Verrichtungsboxen, aber auch Beratungsangebote durch SozialarbeiterInnen und medizinisches Fachpersonal fehlt Sexarbeiterinnen überall dort, wo sie nicht mehr öffentlich auftreten dürfen. Auch das rechtliche Vorgehen gegen Verbrechen wie Zwangsprostitution, Misshandlungen oder das nicht bezahlen der erbrachten Dienstleistungen wird erschwert, wenn Frauen Anzeigen nicht mehr tätigen können ohne sich selbst zu belasten.

Wieso also überhaupt eine räumliche Reglementierung durch den Staat? Sperrbezirke sind zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstands, gerade in Wohn-

bereichen durchaus sinnvoll. So ist auch das Urteil des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts im Fall des Sperrbezirks in Dortmund zu bewerten. Mögliche Verlagerungen von Straßenprostitution in ebenfalls ungeeignete Gebiete oder gar das Verdrängen der Sexarbeit in die Illegalität, lassen sich nur verhindern indem andere Flächen von den zuständigen kommunalen Behörden aufgezeigt werden. Ein gesamtes Stadtgebiete unter Verweis auf den Schutz der Jugend als ungeeignet zu deklarieren ist unzulässig und nicht haltbar.

Aufgabe von Politik ist es beim Zuschnitt von Sperrbezirken

die Bedürfnisse der gesamten Stadtgesellschaft im Blick zu behalten. Dies gilt auch in der Stadt Münster, wo sich Protest der hiesigen AnwohnerInnen der Siemensstraße gegen den dortigen Straßenstrich regt. Derzeitig lassen die Einschätzung von Polizei und Ordnungsamt keine Notwendigkeit zur Ausweitung des Sperrbezirks erkennen. Egal wie man selbst zu Sexarbeit steht: Prostitution wird es auch weiterhin geben. Handlungsleitend muss daher der vernünftige Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten und die Gewährleistung sicherer Arbeitsbedingungen für SexarbeiterInnen sein. ■